Hansestadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Ausschuss für Schule und Soziales
Sitzungstag:	Mittwoch, den 09.06.2021
Sitzungsort:	Alte Drahtzieherei, Wupperstraße 8, 51688 Wipperfürth
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:10 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner
1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
1.1.3. Einwohnerfragestunde
1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2021/763
1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

1.4. Beschlüsse
1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
1.6. Empfehlungen an den Rat
1.7. Anfragen
1.8. Anträge
1.9. Mitteilungen
1.9.1. Informationen zum Förderprogramm Extra-Zeit zum Lernen in NRW
Vorlage: M/2021/752
1.9.2. Information zu den Ein- und Auspendlern an weiterführenden Schulen zum Sj.

2021/2022
Vorlage: M/2021/755

1.9.3. Sachstand Anmeldezahlen an den Grundschulen zum Sj. 2021/2022 in Wipperfürth
Vorlage: M/2021/762

1.9.4. Sachstand OGS-Anmeldezahlen zum Sj. 2021/2022
Vorlage: M/2021/753

1.9.5. Sachstand Elternbefragung zur Grundschulwahl
Vorlage: M/2021/750

1.9.6. Sachstand Digitalisierung
Vorlage: M/2021/754

1.9.7. Sachstand Bauliche Maßnahmen an Schulen
Vorlage: M/2021/756

1.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

1.11. Beschlüsse

1.11.1. Kooperationsvereinbarung zwischen der Ökumenischen Initiative und der Hansestadt Wipperfürth über die Zusammenarbeit der Flüchtlingsberatungsstellen
Vorlage: V/2021/434

1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

1.13. Empfehlungen an den Rat

1.14. Anfragen

1.15. Anträge

1.16. Mitteilungen

1.16.1. Vorstellung Frau Timmann - Fachkraft der Ökumenischen Initiative zur Flüchtlingsberatung
Vorlage: M/2021/764

1.17. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

2.4. Beschlüsse

2.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

2.6. Empfehlungen an den Rat

2.7. Anfragen

2.8. Anträge

2.9. Mitteilungen

2.9.1. Sachstand Caterer/ Mensa E.v.B.-Gymnasium; Vertragsverhandlungen
Vorlage: M/2021/749

2.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

2.11. Beschlüsse

2.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

2.13. Empfehlungen an den Rat

2.14. Anfragen

2.15. Anträge

2.16. Mitteilungen

2.17. Verschiedenes

Hansestadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales,
am *09.06.2021*
von *17:00* Uhr bis *19:10* Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r		
Mederlet, Frank	SPD	
Ratsmitglieder		
Ballert, Wolfgang	SPD	Vertretung für Frau Selina Schmitz
Billstein, Regina	SPD	
Blank, Sascha	CDU	
Börsch, Stephan	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Felderhoff, Klaus-Dieter	UWG	Vertretung für Herrn Thomas Börsch
Heckersbruch, Jörg	CDU	
Hirsch, Hartmut	CDU	Vertretung für Frau Verena Irlenbusch
Palubitzki, Lothar	CDU	
Reich-Brinkmann, Annedore	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Andrea Münnekehoff
Surborg, Joachim	CDU	
sachkundige Bürger		
Berg, Ute	SPD	
Brabender, Stefanie	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Flosbach, Ulrich	CDU	
Kremer, Stephan	CDU	
Lieth, Alexander	CDU	
Müller, Susanne	UWG	
Wuttke, Monika	FDP	
sachkundige Einwohner		
Hesterberg, Imke	Inklusionsbeirat	

beratende Mitglieder

Bühlstahl, Peter	Vertreter der kath. Kirche	
Weichert, Matthias	Ev. Kirchenkreis An der Agger	Anwesend ab 17.45 Uhr

Bürgermeisterin

Loth, Anne	parteilos

Verwaltungsvertreter/in

Marondel, Marius	intern
Berger, Susanne	intern
Raabe, Marco	intern
Schreckegast, Lars	intern
Meyer, Mirko	intern

Schriftführer/in

Schalenbach, Carolin	intern

Es fehlten:

Ratsmitglieder

Börsch, Thomas	UWG
Koletzko, Stefan	CDU
Münnekehoff, Andrea	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Schmitz, Selina	SPD

sachkundige Bürger

Irlenbusch, Verena	CDU

Verwaltungsvertreter/in

Brüning, Renate	intern

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Verwaltungsvertreter*innen mit der Bürgermeisterin Anne Loth an der Verwaltungsspitze und heißt die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere die anwesenden Schulleitungen und Herrn Dr. Stefan Corssen als Pressevertreter, willkommen.
Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner

Entfällt.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Der Bereich Schule wird dem Bereich Soziales vorgezogen. Außerdem wird der TOP 1.16.1 vor dem TOP 1.11.1 thematisiert.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Entfällt.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2021/763

Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

Entfällt.

BEREICH SCHULE

1.4 Beschlüsse

Entfällt.

1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.6 Empfehlungen an den Rat

Entfällt.

1.7 Anfragen

Entfällt.

1.8 Anträge

Entfällt.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Informationen zum Förderprogramm Extra-Zeit zum Lernen in NRW Vorlage: M/2021/752

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

1.9.2 Information zu den Ein- und Auspendlern an weiterführenden Schulen zum Sj. 2021/2022 Vorlage: M/2021/755

Herr Lars Schreckegast weist auf die fehlerhaften Summen der letzten Spalte der zweiten Tabelle hin und teilt die korrekten Beträge mündlich mit. Darüber hinaus teilt er bezüglich der Auspendelnden vergleichende Zahlen aus den beiden Vorjahren mit. Im Schuljahr 2020/2021 gab es 12,2 % Auspendelnde, im Schuljahr 2019/2020 15,3 % Auspendelnde, demnach sind keine erheblichen Veränderungen in den letzten Jahren erkennbar. Weiter erklärt er, die Auspendelnden, über deren Verbleib keine weiteren Informationen vorliegen, künftig anders zu benennen, um Unklarheiten zu vermeiden.
Auf Nachfrage von Ratsfrau Regina Billstein (SPD) berichtet er, dass auch in den vorherigen Schuljahren 2020/2021 sowie 2019/2020 ähnlich viele Schüler*innen wie im kommenden Schuljahr 2021/2022 aus Kürten einpendeln (57 in 2020/2021, 42 in 2019/2020).

1.9.3 Sachstand Anmeldezahlen an den Grundschulen zum Sj. 2021/2022 in Wipperfürth Vorlage: M/2021/762

Der Ausschussvorsitzende weist den Ausschuss darauf hin, dass sich die voraussichtliche Klassenanzahl im Schuljahr 2021/2022 auch aufgrund der neu mitgeteilten Schülerzahlen mit dem Stand 26.05.2021 nicht ändern wird.
Er schlägt eine Sondersitzung des Ausschusses im September vor, um vor dem Grundschulanmeldeverfahren zu dem Thema beratend tätig zu werden und gegebenenfalls Maßnahmen für die weitere Klassenentwicklung an den Grundschulen zu beschließen mit dem Ziel die Schulstandorte zu sichern. Er weist zudem erneut auf den Elternwillen als maßgebliche Stellschraube der tatsächlichen Anmeldungen hin.
Bezugnehmend auf die Ausschusssitzung vom 22.03.2021 wiederholt Herr Marius Marondel die Zusage der Verwaltung, den Ausschuss rechtzeitig über Änderungen bezüglich der Eingangsklassenbildung zu informieren.

Auch für die Verwaltung sei eine erneute Absprache vor der Grundschulanmeldung wichtig, vor allem um beide Schulstandorte des Ökumenischen Grundschulverbundes halten zu können.
Auf Nachfrage von Ratsherrn Lothar Palubitzki (CDU) berichtet Herr Lars Schreckegast, dass der Stichtag für die Anmeldezahlen des Schuljahres 2021/2022 der 31.07.2021 ist.

1.9.4 Sachstand OGS-Anmeldezahlen zum Sj. 2021/2022 Vorlage: M/2021/753

Ratsherr Lothar Palubitzki (CDU) erkundigt sich, welche Anmeldezahlen in Bezug auf die OGS-Landeszuwendung der Bezirksregierung gemeldet werden und welche Konsequenzen Änderungen dieser Anmeldezahlen haben.
Herr Schreckegast teilt mit, dass die Meldung der zu erwartenden OGS-Kinder regelmäßig zum 31.03. eines Jahres erfolgt. Die Stadtverwaltung schätzt im Vorfeld dieser Meldung ab, wie viele Anmeldungen für die OGS im neuen Schuljahr zu erwarten sind und beantragt eine entsprechende Landeszuweisung, wohlwissend, dass sich die Anmeldezahlen und demzufolge auch die Fördersumme infolge der Stichtagsmeldung, die regelmäßig zum 15.10. erfolgt, ändern kann.

1.9.5 Sachstand Elternbefragung zur Grundschulwahl Vorlage: M/2021/750

Die Elternbefragung zur Grundschulwahl ist abgeschlossen, teilt Herr Lars Schreckegast mit. An der Befragung nahm fast die Hälfte der Befragten teil. Die benötigten Datensätze, die für weitere Schlussfolgerungen von Bedeutung sind, befinden sich derzeit in der Auswertung. Er sieht vor, die Ergebnisse in der angestrebten Sondersitzung im September vorzustellen.
Für den Ausschussvorsitzenden sind Schlussfolgerungen bezüglich der Sicherung der Schulstandorte interessant.
Frau Stefanie Brabender (Bündnis 90/ Die Grünen) erkundigt sich, ob die grundlegenden Fragen der abgeschlossenen Elternbefragung als Grundlage für eine zweite Befragung, von welcher sich präzisere Antworten erhofft werden, anzusehen sind. Weiter fragt sie nach, wer die Befragten waren.
Herr Lars Schreckegast erklärt, dass die diesjährige Befragung an die Eltern der Schüler*innen der jetzigen Klassen 1 bis 3 sowie an die Eltern der Kinder der Einschulungsjahrgänge 2021/2022 und 2022/2023 gerichtet wurde. Er bestätigt, dass weitere Befragungen stattfinden werden. Der Ausschussvorsitzende erwähnt zudem, dass der Rat auf Antrag der SPD einstimmig die kontinuierliche jährliche Befragung der Eltern in den Grundschulen und der Eltern der bald schulpflichtigen Kinder in den Kitas hin. Die Rahmenbedingungen dieser sind derzeit noch unklar, sinnig sei aber eine jährliche Befragung der neu angemeldeten Grundschulkinder. Inwieweit die Auswertung der diesjährigen Elternbefragung aussagekräftig ist, kann noch nicht abgesehen werden. Es ist zu prüfen, welche Fragen den Eltern gestellt werden müssen, um aus deren Antworten präzise Schlussfolgerungen treffen zu können. Er versteht die Befragung als Prozess, der

im Laufe der folgenden Jahre durch die Veränderung oder Ergänzung weiterer Fragen optimiert werden kann. Auch Herr Marius Marondel und der Ausschussvorsitzende verweisen auf die Perspektive, die die diesjährige Befragung darstellt. Der Elternwille, auf denen Politik und Verwaltung keinen Einfluss haben, ist maßgeblich für die Weiterentwicklung des Schulangebots der Hansestadt Wipperfürth, so der Ausschussvorsitzende. Der Schulträger ist aufgerufen die Rahmenbedingungen für die Sicherung von Schulstandorten so optimal wie möglich zu gestalten.

1.9.6 Sachstand Digitalisierung
Vorlage: M/2021/754

Herr Mirko Meyer präsentiert den aktuellen Stand der Budgets des Medienentwicklungsplans, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.
Auf Nachfrage von Ratsherrn Lothar Palubitzki (CDU) erklärt Herr Mirko Meyer, dass für die Leihgeräte eine Zweckmittelbindung von drei Jahren besteht. Nach dieser Zeit können die Geräte weiter im Homeschooling genutzt werden oder den Schulklassen vor Ort für digitales Lernen zur Verfügung gestellt werden. Er geht davon aus, dass die Geräte, die als sehr langlebig gelten, auch nach der Herstellergarantie von fünf Jahren weiter nutzbar sind.
Von etwa 500 angeschafften Geräten musste bislang erst ein Gerät aufgrund technischer Fehler zu Reparaturzwecken eingeschickt werden, so die Antwort Herrn Mirko Meyers auf die Frage von Herrn Stephan Börsch (Bündnis 90/ Die Grünen). Nennenswert ist auch, dass das Lehrpersonal mittlerweile sehr vertraut mit den Tablets ist und Bedarf durch Herrn Frank Peiseler vor Ort sowie im Rahmen der Fernwartung durch die Regio IT unterstützt wird. Langfristig sieht Herr Mirko Meyer weitere personelle Verstärkung vor Ort als notwendig an, dies betrifft beispielsweise auch die interaktiven Whiteboards.
Außerdem wird Herrn Wolfgang Ballert (SPD) auf Nachfrage mitgeteilt, dass die digitalen Tafeln auch für die Interimslösung der Konrad-Adenauer-Hauptschule eingeplant sind.
Weiter fragt Frau Stefanie Brabender (Bündnis 90/ Die Grünen) an, ob Schulungen für den Umgang mit den interaktiven Whiteboards vorgesehen sind. Da die Tafeln bereits seit 2019 im Einsatz sind, fanden bereits vor-Ort-Schulungen an den Schulen statt, so Herr Mirko Meyer. Sollte sich weiterer Schulungsbedarf ergeben, können neue Schulungen kurzfristig organisiert werden. Das Feedback seitens des Lehrpersonals zu den Whiteboards ist durchgehend positiv.
Aus der Präsentation von Herrn Mirko Meyer geht hervor, dass für das Jahr 2022 etwa 360.000 € aus dem Medienentwicklungsplan, Budget Investitionen, zur Verfügung stehen. Anfang nächsten Jahres wird gemeinsam mit den Schulleitungen über die Auszahlung dieser Haushaltsmittel entschieden.
Ergänzend berichtet Herr Marius Marondel, dass Verwaltung und Schulen im regelmäßigen Austausch miteinander stehen. Im Schulleitergespräch am 11.06.2021 wird unter anderem thematisiert, bei welchen digitalen Möglichkeiten, wie beispielsweise den Tablets, die Schulleitungen Verbesserungspotential sehen.

Unter diesem TOP spricht der Ausschussvorsitzende außerdem eine bei der Politik eingegangene Bürgerbeschwerde an, die die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie an Grundschulen kritisiert. Er selbst habe bereits der Bürgerin schriftlich auf die Zuständigkeiten von Land und Stadt hingewiesen. Herr Lars Schreckegast berichtet von dem positiven Ausgang des Gesprächs, welches er im Vorfeld der Sitzung mit der Beschwerdeführerin geführt hat und weist darauf hin, dass das Schulverwaltungsamt äußere Schulangelegenheiten behandelt, wohingegen die Schulleitung beziehungsweise die Landesregierung in inneren Schulangelegenheiten zuständig ist. Um festzustellen, ob und welche pandemiebedingten Probleme an den Schulen herrschen, unterbricht der Ausschussvorsitzende die Sitzung und erteilt den anwesenden Schulleitungen des Städtischen Katholischen Grundschulverbundes St. Antonius, Frau Ruth Balling, des Städtischen Grundschulverbundes Nikolausschule, Frau Sandra Mittelmann und der stellv. Schulleitung der Hermann-Voss-Realschule Frau Claudia Deichsel das Wort. Die Schulleitungen berichten von ihren Erfahrungen mit der Pandemie, der Anwendung, der sich schnell ändernden Vorgaben sowie dem Einsatz von digitalen Medien zur Sicherstellung des Unterrichts. Weiterhin berichten sie von weitestgehend verständnisvollen Eltern und der guten Zusammenarbeit mit dem Schulträger. Herr Marius Marondel bestätigt die gute Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltung und Schulen und dankt den Schulleitungen für ihr Engagement. Die Sitzung wird fortgesetzt. Der Ausschussvorsitzende bedankt sich im Namen aller bei den Kollegien der Schulen und der OGSen für den engagierten Einsatz zum Wohl der Kinder, ein Mindestmaß an Bildungsangeboten aufrecht zu erhalten und die Notbetreuung für die Kinder sicher zu stellen.

1.9.7 Sachstand Bauliche Maßnahmen an Schulen Vorlage: M/2021/756

Herr Marco Raabe nimmt Stellung zu der Mitteilungsvorlage und informiert über den aktuellen Sachstand an der KGS St. Antonius. Für die Planung der Schulhoferweiterung steht ein Budget in Höhe von 20.000 € zur Verfügung. Die Planungsleistung soll alsbald beauftragt werden, aufgrund der Höhe der Summe muss eine Ausschreibung erfolgen. Überlegungen bezüglich der zukünftigen Schulhoffläche sind derzeit noch nicht schriftlich fixiert, sollten sich weitere Informationen ergeben, werden Verwaltung und Ausschuss mit in die Planungen einbezogen.
Herr Wolfgang Ballert (SPD) erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand und einer Kostenschätzung für den Aufzug an der Konrad-Adenauer-Hauptschule. Die technischen Eigenschaften des dreißigjährigen Aufzuges sind veraltet, auch erfüllt er nicht mehr die Belange der Barrierefreiheit, da die Fahrzeugkabine zu klein ist, so Herr Marco Raabe. Außerdem erreicht der Aufzug lediglich das zweite Obergeschoss des dreistöckigen Schultrakts. Die Idee, einen neuen Aufzug an der Fassade zu errichten, hätte den Nachteil, dass Fläche im Innenbereich des Gebäudes an der Stelle der Anbringung zur Verfügung stehen müsste, dies gegebenenfalls zum Nachteil von Unterrichtsräumen. Weitere schriftliche Ausarbeitungen, die eine Entscheidungsgrundlage liefern, sind derzeit in Arbeit. Der Aus-

schussvorsitzende stellt fest, dass sich der Inklusionsbeirat und der Bauausschuss mit dieser Thematik befassen werden.
Darüber hinaus stellt Herr Stephan Kremer (CDU) die Frage, ob und inwieweit sich der Zeitablauf der ersten Baumaßnahme an der Konrad-Adenauer-Hauptschule durch die neue Ausschreibung verzögert. Herr Marco Raabe antwortet, dass bezüglich der Dachdeckerarbeiten bei der ersten Ausschreibung kein Angebot einging. Die energetischen Arbeiten an der Aula konnten mittlerweile jedoch begonnen werden. Zeitliche Verzögerungen wird es aber womöglich mit Auswirkungen auf den zweiten und dritten Bauabschnitt geben, da der zweigeschossige Modulbau der Interimslösung nicht wie geplant in den Herbstferien stehen kann.
Weiter teilt Herr Marco Raabe auf Nachfrage von Herrn Stephan Kremer (CDU) mit, dass für den OGS-Anbau an der KGS Wipperfeld in diesem Jahr Planungskosten in Höhe von 47.000 € zur Verfügung stehen, wovon die Stadtverwaltung 39.950 € durch eine beantragte Landeszuweisung zur Förderung des beschleunigten Infrastrukturausbaus für die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder von der Landesregierung erhält. Problematisch sind die aktuellen Materialengpässe, die derzeit vorherrschen.
Herr Frank Mederlet weist darauf hin, dass die Errichtung eines neuen OGS-Standortes durch die Landesregierung bezuschusst wird.
Er bedauert zudem, dass die Vorlage verdeutlicht, dass es nahezu keine schulische Liegenschaft gibt, wo Sanierungen beziehungsweise bauliche Maßnahmen im Kosten- und Zeitrahmen bleiben.

1.10 Verschiedenes

Entfällt.

BEREICH SOZIALES

1.11 Beschlüsse

1.11.1 Kooperationsvereinbarung zwischen der Ökumenischen Initiative und der Hansestadt Wipperfürth über die Zusammenarbeit der Flüchtlingsberatungsstellen
Vorlage: V/2021/434

Beschluss:

1. Die Kooperation zwischen der Hansestadt Wipperfürth und der Ökumenischen Initiative wird in vorliegender Form mit den nachfolgenden Änderungen beschlossen:

   1.1 Die Überschrift der Kooperationsvereinbarung wird geändert in „Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit in der Flüchtlingsberatung, Integrations- und Inklusionsarbeit in Wipperfürth“.

   1.2 In der gesamten Vereinbarung wird die Bezeichnung „Sozialarbeiter*in des Sozialamtes der Stadt“ ersetzt durch „Han-

sestadt Wipperfürth“-

1.3 Unter 2. „Wahrzunehmende Aufgaben in der Inklusionsarbeit“ wird der Wortlaut:
„Neben der Tätigkeit der Flüchtlingsberatung nimmt die Fachkraft der Ökumenischen Initiative mit einem Stellenanteil von 20% zusätzlich Aufgaben aus dem Bereich der Inklusion wahr.“
ersetzt durch:
„Die Fachkraft bei der Ökumenischen Initiative wird ihre Aufgaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung bis auf weiteres in einem Verhältnis von 0,8 Stellenanteil für Flüchtlingsberatung, Integrationsarbeit und 0,2 Stellenanteil für Aufgaben in der Inklusionsarbeit wahrnehmen. Im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Stadt und Ökumenischer Initiative können die Stellenanteile der Aufgabenwahrnehmung auch angepasst werden.“

2. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushalten 2022 und 2023 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Frau Susanne Berger teilt mit, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen der Hansestadt Wipperfürth und der Ökumenischen Initiative aus 2019 zum 30.09.2021 ausläuft. Der Vertrag soll jetzt verlängert werden, wobei einige Ergänzungen und Änderungen vorzunehmen sind. Das Aufgabenspektrum der Ökumenischen Initiative soll auf die Inklusionsarbeit erweitert werden, da für den Bereich der ersten Antragstellung bei Neuzuwanderungen aufgrund der geringeren Zuweisungszahlen nicht mehr so viel Zeit wie in der Vergangenheit benötigt wird
Frau Berger weist darauf hin, dass die in der Vorlage genannten Absprachen mit dem Inklusionsbeirat mit diesem selber nicht, sondern ausschließlich mit der Vorsitzenden, Frau Maria Lamsfuß, durchgeführt wurden. Die Gespräche waren verbunden mit dem anfänglichen Hinweis, die Informationen vorerst nicht weiterzugeben. Die Darstellung in der Vorlage war somit nicht ganz korrekt.
Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet unterstreicht die Bedeutung der Erweiterung des Aufgabenspektrums im Vertrag. Darüber hinaus weist er daraufhin, dass die Haushaltsmittel gemäß Punkt 8 der Kooperationsvereinbarung genehmigt sind.
Er schlägt eine Beschlussfassung in vorliegender Form zzgl. seiner Änderungen (s. Beschluss) vor.
Frau Regina Billstein (SPD) unterstützt die Verlängerung des Kooperationsvertrags. Aufgrund der Komplexität der Aufgaben in den Bereichen Flüchtlingsberatung, Integration und Inklusion schätzt sie die intensive Unterstützung durch eine unabhängige Institution wie der Ökumenischen Initiative.

Auch Herr Klaus-Dieter Felderhoff (UWG) und Frau Stefanie Brabender (Bündnis 90/ Die Grünen) befinden den Kooperationsvertrag mitsamt der vorgeschlagenen Änderungen durch den Ausschussvorsitzenden als richtig und wichtig.

1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.13 Empfehlungen an den Rat

Entfällt.

1.14 Anfragen

Entfällt.

1.15 Anträge

Entfällt.

1.16 Mitteilungen

1.16.1 Vorstellung Frau Timmann - Fachkraft der Ökumenischen Initiative zur Flüchtlingsberatung
Vorlage: M/2021/764

Frau Laura Timmann, die seit kurzem als Fachkraft der Ökumenischen Initiative im Bereich der Flüchtlingsberatung tätig ist, wird dem Ausschuss durch den Ausschussvorsitzenden vorgestellt.
Frau Laura Timmann berichtet über ihren bisherigen Lebenslauf und ihre Ausbildung sowie über ihre aktuelle Tätigkeit bei der Ökumenischen Initiative und gibt Einblicke in ihren Arbeitsalltag.
Ratsherr Hartmut Hirsch (CDU) hebt die Arbeit von Frau Laura Timmann und die wichtige Funktion der Ökumenischen Initiative als unabhängige Beratungsstelle hervor und dankt ihr für ihre Leistung. Dem Dank schließt sich der Ausschussvorsitzende an.

1.17 Verschiedenes

Entfällt.

Frank Mederlet
- Vorsitzende/r -

Carolin Schalenbach
- Schriftführer/in -